

STORY DES TAGES

Der ewige Putin

Präsident Wladimir Putin will sich zum fünften Mal im Amt bestätigen lassen. Ihm hilft paradoxerweise, dass Russland heute eine Konsumgesellschaft westlichen Zuschnitts ist. Das Blutvergießen in der Ukraine ist für die meisten Menschen weit weg.

Von Thorsten Müller

Wenn es in der öffentlichen Debatte in Deutschland derzeit ein Wort gibt, das das elementar Böse auf den Punkt bringen soll, dann ist das der Name Putin. „Putin droht mit Atomkrieg“ titelte der Nachrichtensender Welt, als der russische Präsident Ende Februar 2023 seine Rede zur Lage der Nation gehalten hatte. „Taktierte Putin mit Nawalny Tod?“, fragte der Sender BR24 vor wenigen Tagen, und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock stellte am vergangenen Sonntag in der ARD-Talkshow „Caren Miosga“ fest: „Putin spielt mit unserer Angst“.

Anders als seinem Vorgänger Michail Gorbatschow, dem die Anerkennung des Westens laut seinem Biografen William Taubman wichtig war und schmeichelte, werden Putin kritische Bewertungen dieser Art herzlich egal sein. Ihm geht es um die Beliebtheit im eigenen Land, und diese ist ihm seit mehr als zwei Jahrzehnten sicher. Bei der Präsidentenwahl vom 15. bis 17. März kann er auf eine breite Zustimmung setzen.

Nach Angaben des Levada-Centers, dem einzigen unabhängigen Meinungsforschungsinstitut Russlands, gab im Februar 2024 eine beeindruckende Mehrheit von 86 Prozent der Befragten an, dass sie mit der Politik des Präsidenten einverstanden sei. Solch einen hohen Wert hatte Putin in seiner langen Regierungszeit zwar nicht immer. Als etwa 2018 das Renteneintrittsalter in Russland erhöht wurde, fiel der Zustimmungswert für seine Politik nach einer Umfrage des staatlichen Meinungsforschungsinstitutes WZL-OM auf 72 Prozent. Aber auch das ist immer noch ein Wert, von dem ein deutscher Bundeskanzler Olaf Scholz nur träumen kann.

„Extremer Amtsbonus“

In einer Diktatur wie Russland stellt sich natürlich die Frage, ob die genannten Zahlen vertrauenswürdig sind. Das sind sie tatsächlich wohl nicht. Als Putin die Präsidentenwahl 2018 mit 76,7 Prozent der Stimmen für sich entschied, gab der damalige OSZE-Wahlbeobachter Michael Link (FDP) zwar zu Protokoll, dass die Wahl in Bezug auf Fälschungen im Wesentlichen korrekt abgelaufen sei. Doch er kritisierte Probleme im Vorfeld des Urnengangs: Hürden bei der Registrierung von Kandidaten und fehlende Chancengleichheit im Wahlkampf. Mindestens einen Amtsbonus attestiert Link dem russischen Präsidenten, und das wiederum kann als Bestätigung der jüngsten Levada-Zahlen gedeutet werden. Doch wie kommt es zu dieser Langlebigkeit und Stabilität des Systems Putin, das aus westlicher Sicht allein schon wegen der Kämpfe in der Ukraine als verstörend anmutet?

Tatsache ist, dass der politische Wettbewerb in Russland so eingeschränkt ist, wie es Michael Link beschreibt. Trotzdem hätte Putin nach Auffassung der allermeisten Experten die Mehrheit der Wähler auch bei vollkommen offenen und transparenten Wahlen hinter sich.

Sein größtes Pfund ist, dass es der mittlerweile 71-Jährige geschafft hat, mit der Gesetzlosigkeit der 1990er-Jahre aufzuräumen. Die „Schocktherapie“, mit der die Sowjetwirtschaft nach dem Rat des US-Ökonomen Jeffrey Sachs 1992 von einem Tag auf den anderen auf eine Marktwirtschaft umgestellt worden war, hatte zunächst den Kollaps des alten Wirtschaftssystems beschleunigt. Preise wurden freigegeben, Subventionen gestrichen und staats-eigene Betriebe verkauft. Für viele Bürger und Bürgerinnen hat sich das fatal ausgewirkt: Armut und Arbeitslosigkeit griffen in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre um sich, die Lebenserwartung fiel dramatisch.

„Da war ein enormer Anstieg an Kriminalität in jeder Hinsicht“, erzählt der Journalist Wladimir Esi-



Er hat das Sagen: Präsident Wladimir Putin bei einem Empfang im Kreml.

FOTO: ALEXEI DRUZHININ/KREMLIN POOL/DPA

60 Prozent der Russen wollen eigentlich mit keinem Problem irgendetwas zu tun haben.

Boris Bondarew,
ehemaliger russischer Diplomat

Das moderne Russland gleicht heute irgendetwas einem europäischen Land oder den USA viel mehr, als das noch in den 1990er-Jahren der Fall war.

Olga Olikier,
russischstämmige US-Politologin

pow. „Und die Gesellschaft durchging eine enorme Transformation von kommunistischen Einstellungen zu einer Art Kapitalismus.“ Doch das sei ein völlig unregelmäßiger Kapitalismus gewesen. „Das war nicht ein Silicon Valley, sondern eher so eine komplett wilde Savanne, wo jeder sich gejagt hatte, was ihm geschmeckt hat und ohne Rücksicht und ohne Regeln und ohne Normen“, so Esipow. Raubüberfälle auf den Straßen oder Morde wegen einer Armbanduhr waren zu der Zeit keine Seltenheit.

Das Paradoxe: Einerseits gab es im Land persönliche Freiheiten und Rechte, wie sie im Staatssozialismus unbekannt gewesen waren: freie Presse, Reise- und Versammlungsfreiheit. Andererseits war die Gesell-

schaft von Unsicherheit, Angst und Feindseligkeit durchzogen.

Nach seinem Amtsantritt 1999 gelangen Wladimir Putin zwei essenzielle Verbesserungen: Durch die Konsolidierung der staatlichen Institutionen stabilisierte er die öffentliche Ordnung. Dank eines raschen steigenden Ölpreises verschaffte er vielen Bürgern die Möglichkeit, am Ressourcenreichtum Russlands zu partizipieren. Der Lebensstandard stieg deutlich. Bis zum Ende von Putins zweiter Amtszeit 2008 wuchs das russische Bruttoinlandsprodukt pro Jahr um 7 Prozent.

Wladimir Esipow, der in seiner Funktion als Chefredakteur des russischen Ablegers der Zeitschrift „Geo“ von 2008 an von Kaliningrad bis Wladiwostok unterwegs war, er-



Beherrscht die Selbstinszenierung: Präsident Putin mit Absolventinnen der Militärflogerschule in Krasnodar.

FOTO: MIKHAIL METZEL/AP



Der Präsident gibt sich volksnah: Putin beim Wahlkampf in Solnechnodolsk, Region Stawropol.

FOTO: IMAGO/MIKHAIL METZEL/KREMLIN POOL



Wahlwerbung auf einem Wandbild: „Die ganze Familie geht wählen“, steht auf dem Gemälde in Donezk.

FOTO: DMITRY YAGODKIN/DPA

zählte dem Südwestrundfunk: „Was ich gesehen habe, quer durch das ganze Land, wie schnell und wie massiv sich die Gesellschaft entwickelt hat in Sachen Infrastruktur, überall neue Flughäfen, überall neue Hotels, überall neue Restaurants, überall unwahrscheinliche unternehmerische Energie und Neugier und Tatkraft.“

Was Esipow da beobachtete, gilt bis heute. Die Lebensführung der Russinnen und Russen ist inzwischen sehr westlich geprägt, obwohl der Kreml eine antiwestliche Haltung vorgibt. Doch diese wird nicht messianisch propagiert: „Das moderne Russland gleicht heute irgendetwas einem europäischen Land oder den USA viel mehr, als das noch in den 1990er-Jahren der Fall war“, erklärt die russischstämmige US-Politologin Olga Olikier. „Nicht nur in Moskau und Sankt Petersburg, sondern auch in Städten wie Rostow am Don, Nischni Nowgorod oder Chabarowsk gibt es überall Coffeeshops und Sushibars, die Leute gehen ins Kino und so weiter.“

Politik rückt da in den Hintergrund: „Dem Normalbürger ist es wichtiger, seinen Kindern eine gute Erziehung zukommen zu lassen, eine schöne Küche zu haben, oder in den Urlaub zu fahren, als sich durch einen bestimmten Oppositionspolitiker vertreten zu lassen, der seine Amtsgeschäfte vermutlich auch nicht besser verrichten würde als ein Vertreter der putinnahen Partei Einiges Russland“, sagt Olikier.

Den diktatorischen Teil des russischen Systems nehmen die Bürgerinnen und Bürger auch deswegen nicht so sehr wahr, weil es in erster Linie nicht darum geht, für etwas sein zu müssen, wie es im Sozialismus der Fall war. Schwierigkeiten bekommen vielmehr diejenigen, die sich offen gegen die bestehenden Machtstrukturen auflehnen.

Doch die wenigsten Menschen sind Helden wie Nawalny. Die politische Partizipation hält sich in Russland inzwischen auch bei all jenen in Grenzen, die an öffentlichen Angelegenheiten zwar interessiert sind, dabei keine umstürzlerischen Gedanken hegen. Sie haben keine Repression zu befürchten.

Die breite Masse wiederum wird mit einfachen Losungen, die durch die Medien des Landes verbreitet werden, überaus reichlich bedient. Der Kreml beeinflusst die öffentliche Meinungsbildung inzwischen sehr gezielt, indem er Fernsehsender wie den Perwij Kanal, NTV oder Rossija 1 sowie Zeitungen wie die „Iswes-

tija“ oder den „Moskowskij Komsomolez“ unter seine Kontrolle oder die regierungsnahen Kreise gebracht hat.

Das Fernsehen – das vornehmlich auf dem Land und darüber hinaus älteren Menschen als Hauptinformationsquelle dient – bietet Propagandisten wie etwa Wladimir Solojow eine Plattform mit hoher Reichweite. Die seit 2012 im staatlichen Hauptsender Rossija 1 ausgestrahlte Talkshow „Sonntagabend mit Wladimir Solojow“ gilt als eine der wichtigsten Propagandasendungen, insbesondere im Kontext der andauernden Kampfhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Gezielte Desinformationen in den Medien stützen erfolgreich das System Putins.

Viel Geld für Gefallene

Das Blutvergießen in der Ukraine könnte bei manchem Bürger womöglich doch Zweifel an ihrer Staatsführung wecken. Doch auch diese Herausforderung handhabt das Regime so, dass die Systemfrage erst gar nicht aufkommt. Die für die Front bestimmten Soldaten werden oft in den entlegenen Landesteilen Sibiriens rekrutiert, wo es allein aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte schwierig ist, einen abgestimmten Widerstand zu organisieren. Verlieren die Familien dann einen Sohn, Bruder, Enkel oder Nefen im Kampf, werden ihnen umgerechnet 63.120 Euro gezahlt. Im ländlichen Sibirien ist das sehr viel Geld, das die Leute ruhigstellt.

Der Rückhalt für den Feldzug gegen die Ukraine ist in Russland verhältnismäßig schwach ausgeprägt: „60 Prozent der Russen wollen eigentlich mit keinem Problem irgendetwas zu tun haben“, sagt der ehemalige russische Diplomat Boris Bondarew. „Ob das Politik ist oder ein Krieg. Solange sie dieser Krieg nicht direkt betrifft, solange ihre Häuser nicht von Bomben getroffen werden, dann ist das in Ordnung für sie. Sie versuchen, sich vor diesen Informationen zu verstecken, ihnen auszuweichen. Es ist in den meisten Fällen eine Art Gleichgültigkeit.“

Wenn der Kremlchef jetzt noch einmal sechs Jahre regiert, wird er am Ende seiner fünften Amtszeit 77 Jahre alt sein. Und sollte er danach bis 2036 regieren, könnte sich das System Putin vielleicht doch eines Tages überleben. Denn werden jüngere Menschen, die das Trauma der Neunzigerjahre nicht erlebt haben, dafür nur Putin als Präsidenten kennen, einen über 80-Jährigen immer noch als Staatschef akzeptieren?